



Zeitung des Stadtverbandes Schwedt der Partei

DIE LINKE.

Nr. 01/2017

2017 zum Jahr der Hoffnung machen

Ich wünsche uns allen ein gutes neues Jahr, ein besseres Jahr 2017 in einer starken Demokratie mit einer selbstbewussten Linken. Wir alle, die wir uns zum gesellschaftlichen Lager der Solidarität zählen, sollten miteinander reden. Das gilt nicht erst seit dem schrecklichen Terroranschlag von Berlin. Es gibt eine sehr oft aufgegriffene Formulierung von Antonio Gramsci: Eine Krise ist der Zustand, in dem das Alte abstirbt, aber das Neue noch nicht zur Welt kommen kann. Seltener wird der folgende Satz zitiert: In einer solchen Zeit der Zwischenherrschaft gibt es viele Gefahren, und es kann zu allen möglichen Krankheitserscheinungen kommen – es ist die Zeit der Monster. Natürlich brauchen wir eine umfassende individuelle Sicherheit in unserem Land. Das bedarf aber nicht allein ein mehr an Polizei, sondern muss auch ein glaubwürdiges Eintreten für soziale Sicherheiten und echte Demokratie miteinschließen. Terroranschläge jedweder Art sind unentschuldig. Darüber sollte niemand streiten. Aber so lange auch westliche Regierungen die Ideale von Demokratie und Menschenrechten kontinuierlich konterkarieren, brauchen wir uns über die abnehmende Strahlkraft der

Demokratie und die wachsende Attraktivität von reaktionären und fundamentalistischen Bewegungen nicht wundern. Das gilt umso mehr angesichts einer weltweiten Interessenspolitik, die allzu oft jene terroristischen Monster erst groß werden lässt, die dann auch unsere unmittelbare Sicherheit hierzulande bedrohen. Denn in einer globalisierten Welt kommt früher oder später alles zum Absender zurück. Das verlangt auch end-

**Danke
an alle
Ehrenamtlichen**

lich das Falsche zu unterlassen: Schluss mit der Förderung von Terrorpaten wie Erdogan, Schluss mit Rüstungsexporten und der willkürlichen Missachtung von Demokratie und Völkerrecht und Schluss mit den Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Zu dem was zu unterlassen ist, gehören auch zutiefst ungerechte Handelsbeziehungen, die ganze Regionen in Armut halten und die Menschen geradezu zwingen woanders ihr Glück zu suchen. Machen wir uns bewusst, dass über 5.000 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer starben und damit das Jahr 2016 zum tödlichsten in der Geschichte der EU-Flüchtlingspolitik wurde. Das neue Jahr wird nicht zu-

Fortsetzung Seite 2

Traditionen

Das neue Jahr ist schon wieder einige Tage alt. Es bringt nicht nur Neues, sondern auch Vieles, das uns vertraut ist und das es wert ist, erhalten zu bleiben. Traditionen, die es gilt zu pflegen. So beginnen wir im Januar traditionell mit unserem Jahresauftakt. Ein guter Start in das politische Leben unseres Stadtverbandes. Unsere Teilnahme an der jährlichen Großdemonstration zum Gedenken an Karl und Rosa in Berlin lassen wir uns auch nicht nehmen, obwohl unsere Reisegruppe immer kleiner wird. Mit den Traditionen ist es aber so eine Sache. Seit Jahren begeht der SPD Ortsverein Schwedt am 1. Mai gemeinsam mit dem DGB seine Maifeier am Schwedter Bollwerk. Bereits 2016 hatte unser Stadtverband das Gespräch mit der SPD für eine gemeinsame Maifeier gesucht. Im Prinzip sind wir einverstanden, so der Vorstand der SPD, warum auch nicht, die Gewerkschaft wäre auch sehr dafür. Aber leider gibt es schließlich Traditionen, die man nicht so einfach brechen kann; nächstes Jahr, da bestimmt. Das Ergebnis, eine eigene, erfolgreiche Maifeier DER LINKEN. Nun haben wir nächstes Jahr. Anfrage an die SPD zum 1. Mai 2017. Ja, im Prinzip schon, aber wir sind noch nicht soweit. Schließlich gibt es Traditionen. Aber nächstes Jahr, da auf jeden Fall... Zum Glück sind wir nicht von dem Willen der SPD - Genossen abhängig. Wir werden also wieder unser eigenes Ding machen. Die Vorbereitungen für unsere Maifeier am Kanal sind bereits angelaufen. Neues zu wagen verlangt Mut. Mit alten, überholten Traditionen zu brechen ist nicht immer einfach. Doch wo wirklich ein Wille ist ...

Sylvia Anklam

Aus dem Inhalt:

Ziele für 2017	S.1
Jahresauftakt in Schwedt	S.2
Diskussion zur Bildungspolitik	S.3
Antwort des Landesverbandes	S.4
Haushalt Brandenburg 17/18	S.4
Gysi wird Fraktionschef	S.5
Stoppt die Aufrüstung!	S.5

letzt vom Bundestagswahlkampf geprägt sein. Und in der Tat wird es bei den kommenden Wahlen um etwas gehen. Es geht um die Möglichkeit für einen wirklichen fortschrittlichen Politikwechsel. Viel zu oft verheddern wir uns in unproduktiven Debatten, wie etwa dem Streit darüber was das kleinere Übel ist: der Retro-Heimatkapitalismus der Rechtspopulisten oder der globale Finanzmarktkapitalismus der neoliberalen Eliten. Ich meine, in diesem Streit hat eine fortschrittliche Linke nichts zu gewinnen. Stattdessen sollten wir um eine neue Hegemonie der Solidarität auf der Höhe der Zeit kämpfen. Wir sollten im deutlich machen, dass es eine grundlegende Alternative von links gibt. Ein progressiver Politikwechsel hätte nicht nur für unser Land, sondern auch für Europa die größte Bedeutung. 2017 finden zwei Jubiläen statt: 60 Jahre Römische Verträge sowie 25 Jahre Maastricht-Vertrag. Aber der Zustand des Staatenbundes, die politische Ausrichtung der EU – all das gibt keinen Grund zum Feiern. Diese EU ist in ihrer tiefsten Krise – und das nicht erst seit

dem Brexit. Die deutsche Austeritätspolitik hat den europäischen Zusammenhalt nachhaltig ruiniert und eine neue solidarische EU braucht auch deshalb ein progressives proeuropäisches Kraftzentrum in Deutschland. Wir alle sollten daher darauf achten, dass wir bei aller Leidenschaft nicht im parteipolitischen Tunnelblick verharren und uns nicht allein im Hamsterrad der Abwehrkämpfe verlieren. Es wird wichtiger denn je, dass gerade auch wir Politiker*innen über unsere Parteien hinausdenken. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass eine Hoffnung von links immer größer und vielfältiger als die jeweils eigene Partei sein muss, damit sie sich auch in eine reale gesellschaftliche Gestaltungsperspektive übersetzen lässt. Wir brauchen nicht nur eine starke Linke im neuen Bundestag, sondern wir benötigen neue linke gesellschaftliche Mehrheiten in unserem Land für eine fortschrittliche Politik sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Freiheiten. Darüber sollten wir jenseits von Wahlkampfveranstaltungen beginnen zu sprechen – miteinander und mit all jenen

in der Gesellschaft, die wütend auf die Politik sind und mit all denen, die bereit sind, etwas in diesem Land zu ändern. Sei es für eine gute Arbeit in den Betrieben, in den sozialen Initiativen für eine lebenswerte Stadt, sei es am Frauentag, in der Solidarität mit den Geflüchteten, in der Mobilisierung gegen die Freihandelsabkommen TTIP und gegen den G20-Gipfel in Hamburg, oder aber in offenen Diskussionsrunden, wie sie etwa das Institut Solidarische Moderne (ISM) jüngst vorgeschlagen hat. Es gibt viele Orte, an denen so etwas wie ein längst bestehendes gesellschaftliches Lager der Solidarität aufscheint, sich zeigt und immer wieder neu zusammensetzt.

Ich bin mir sicher, dass 2017 ein Jahr sein wird, in dem links und die Linke gewinnen kann. Das neue Jahr wird mit einem US-Präsidenten Trump beginnen, das ist gewiss und unvermeidbar, es kann aber auch mit einem fortschrittlichen Politikwechsel in Berlin enden. Darum geht es spätestens ab heute und dafür lohnt es sich wirklich zu kämpfen.

Katja Kipping

Auf ein Neues

Endlich einmal wieder Winter in Schwedt. So waren zumindest meine Empfindungen auf dem Weg zum KOMM zur Jahresauftaktveranstaltung des Schwedter Stadtverbandes. Auch wenn vielen unserer Genossen das Laufen immer schwerer fällt waren doch ca. 30 Teilnehmer, Mitglieder und Sympathisanten der Einladung DER LINKEN gefolgt. Wie immer gab es liebevoll zu-rechtgemachte Schnittchen, Obst und Kuchen. Nicht zu vergessen, den Sekt zum Anstoßen auf ein gutes und erfolg-

reiches Jahr. Die Eröffnung der Veranstaltung begann nach der Begrüßung durch Christa mit einem Rückblick auf



das vergangene Jahr. Das Jahr 2016 wurde durch Krieg und Gewalt geprägt. Durch den furchtbaren Bürgerkrieg in Syrien, insbesondere den Kampf um die

Stadt Aleppo. Die Liste der Terroranschläge ist auch in Europa immer länger geworden. Höhepunkt in Deutschland,

der terroristische Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt. Nicht nur Gewaltakte prägten das Jahr 2016. Es galt auch Abschied zu nehmen von vielen bekannten und vertrauten Persönlichkeiten. Der Tod Fidel Castros hat Menschen auf der ganzen Welt bewegt. Auch unser Stadtverband hatte im vergangenen Jahr einen schweren Verlust erlitten. Der Tod von Ilse Merker im

Fortsetzung Seite 3

Februar 2016 schmerzt noch immer. Das Jahr 2017 stellt unsere Partei vor neue Herausforderungen. Unser Stadtvorstand, der durch fortschreitenden, altersbedingten Ausfall unserer Genossen weiter geschwächt wurde muss sich auf einen harten Bundestagswahlkampf einstellen. Wir werden uns mit der Hetze und den Vorurteilen der AfD auseinandersetzen müssen. Auch die Streitereien innerhalb unserer Partei auf Bundesebene machen uns den Wahlkampf nicht leichter. Persönliche Fehlhandlungen einzelner Abgeordneter auf Bundes- und Landesebene führten zu Vertrauensverlusten bei den Bürgern. Unser Stadtvorstand hatte sich deshalb auch in einem Brief an den Bundesvorstand gewandt. Christa ging auf der Auftaktveranstaltung darauf ein. Trotz aller Schwierigkeiten ist es uns gelungen die Parteiarbeit des Stadtvorstandes aufrecht zu erhalten. Auch die Arbeit der Fraktion der LINKEN kann sich sehen lassen,

wie Bärbel Ramm als Fraktionsvorsitzende ausführte. Mit nicht unberechtigtem Stolz machte sie auf die vorliegenden Abstimmungsunterlagen zum Bürgerbudget der Stadt Schwedt aufmerksam. Unsere Fraktion hat einen nicht unwesentlichen Anteil am Zustandekommen dieses Bürgerbudget. Immerhin wurden 82 Vorschläge eingereicht, was auf ein hohes Interesse der Schwedter Bürger zurückzuführen ist. Allen aktiven Genossen und Sympathisanten wurde der Dank des Stadtvorstandes ausgesprochen. Wie immer wurde die Veranstaltung auch genutzt um untereinander ins Gespräch zu kommen. Angesprochen wurde, dass unsere Frischoppen nicht mehr stattfinden. Bisher hatte sich Klaus Hempel um die Organisation gekümmert. Leider ist Klaus, auf Grund seiner Erkrankungen dazu nicht mehr in der Lage und uns fehlen die Kontakte. Der Stadtvorstand wird sich damit beschäftigen. Für den

Februar können aber zwei Veranstaltungen mit Bildungscharakter angeboten werden (siehe Termine). Anfragen kamen auch zur Kreisgebietsreform. Reiner Prodöhl verwies als Kreistagsabgeordneter auf die Stellungnahme die der Kreistag dazu abgeben wird. Auch die Folgen der Einsparungen im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürger der Stadt Schwedt und besonders die der umliegenden Dörfer wurden angesprochen. Begrüßt wurde von den Anwesenden der Hinweis, dass DIE LINKE zum 1. Mai wieder eine eigenständige Maifeier am Kanal bei Fischer Zahn durchführen wird. Eine gelungene Auftaktveranstaltung! Gehen wir das Jahr 2017 an, in dem wir nicht nur den 500. Jahrestag der Reformation begehen sondern auch das Jahr in dem sich die Oktoberrevolution zum 100. mal jährt.

Sylvia Anklam

Landtagsabgeordnete der Linken zu Gast in Schwedt

Probleme mit Lehrermangel, zu große Klassen in den Grund- und weiterführenden Schulen, Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten und Flüchtlingen in die Regelklassen ohne Aufstockung des Betreuungspersonals - diese und andere Schlagzeilen waren im Jahr 2016 in den Medien präsent. Abgeordnete der verschiedenen Parteien forderten auf, Briefe zu schreiben und machten sich erfolglos, aber reißerisch in der Presse Luft. Wir wollen den Pro-

blemen auf den Grund gehen und haben uns unsere Landtagsabgeordneten Kathrin Dannenberg und Isabelle Vandré, die im Bereich Bildung tätig sind, zum Diskussionsabend eingeladen. Wir möchten verstehen, warum die Situation so unbefriedigend ist, wie die Fraktion die Linke im Landtag an der Lösung arbeitet, und wir wollen unsere Fragen und Forderungen den beiden Abgeordneten mit auf den Weg geben. Der öffentliche Diskussionsabend findet am

15.02.2017 von 17:00 – 19:00 Uhr in der Aula der Gesamtschule Talsand in der Rosa-Luxemburg-Straße 6 statt. Eingeladen sind alle interessierten Bürger der Stadt Schwedt. Vielleicht ist der eine oder andere ehemalige Lehrer oder Schüler dabei, der seine „alte Schule“ noch mal besichtigen möchte. Herzlich Willkommen.

Bärbel Ramm

Tipps abgeben nicht vergessen!

Gemeinsam haben es die Fraktionen der Stadt Schwedt geschafft, ein Bürgerbudget für das Jahr 2017 anzubieten. Überwältigende 82 Vorschläge wurden von den Bürgern eingereicht, von denen 35 die Kriterien der Finanzierbarkeit und Gemeinnützigkeit erfüllen. Nun sind Sie an der Reihe, Ihr Votum abzugeben. Drei Stimmen haben Sie zu vergeben. Sie können dabei alle 3 für ein Projekt einsetzen oder sie auf zwei oder drei Vorschläge verteilen. Ich finde so

viele Vorschläge gut, dass es mir schwer fällt nur drei Punkte vergeben zu dürfen. Die Stadtverwaltung gibt sich alle Mühe das Votum der Bevölkerung transparent und praktikabel zu gestalten. Nach der Stimmenauszählung wird ein Ranking erstellt und es können so viele Projekte in dieser Reihenfolge umgesetzt werden, bis die Summe von insgesamt 75 000 € verbraucht ist. Gute Vorschläge, die in diesem Jahr zu wenig Stimmen erhalten, sollte man für das nächste Jahr beden-

ken. Also, dann los! Stimmen Sie für Ihren Favoriten. Übrigens, wer meint, zwei mal abstimmen zu können, oder auf eine andere Art mogeln will, dessen Stimmen werden von der Auszählung ausgeschlossen. Nutzen Sie diese Möglichkeit in der Stadt aktiv zu werden. Letzter Termin ist der 31.01.2017. Dann werde ich mal schnell meine Onlinestimme abgeben. Übrigens es gibt auch Stimmzettel. Viel Spaß.

Bärbel Ramm

Antwort des Parteivorstandes auf unseren Brief

Liebe Genossinnen und Genossen,

habt vielen Dank für eure Zuschrift. Eine Konzentration der Wahlkampfthemen ist sicher sinnvoll. Wir sehen es ähnlich, dass die AfD an soziale Nöte und Probleme anknüpfen will und wir darauf andere, linke Antworten geben müssen. Dabei sollten wir uns nicht zu sehr in eine direkte Auseinandersetzung mit der AfD direkt verwickeln lassen, sondern unsere Positionen eigenständig vertreten.

Auf einen guten Wahlkampf! Mit solidarischen Grüßen,
Christina Kaindl, Bereichsleiterin Strategie und Grundsatzfragen

Drei Tage Plenardebatte zum Doppelhaushalt 2017/18

Der von Finanzminister Christian Görke vorgelegte Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2017/2018 stand im Mittelpunkt der Landtagssitzung in dieser Woche. „Mit diesem Haushaltsentwurf“, so der Minister, „lösen wir unsere Versprechen gegenüber den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein. Der Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 ist eine Symbiose von sozialer Gerechtigkeit und solider Haushaltsführung. Wir bleiben auf Kurs. Und orientieren uns auch in den beiden kommenden Jahren an unseren Prioritätensetzungen. Wir werden auch künftig Bildung und Wissenschaft stärken, die öffentliche und soziale Sicherheit im Land befördern, Investitionen in Infrastruktur tätigen, die Integration von Flüchtlingen gestalten und keine neue Schulden machen. Wir haben einen klaren finanzpolitischen Kurs. Unseren Kompass haben

wir ausgerichtet auf eine solide Haushaltspolitik mit sozialem Augenmaß.

Das ist der Anspruch dieser rot-roten Koalition.“

Der Landeshaushalt 2017/18



Linke Finanzpolitik für Schule und Bildung

830 Lehrerinnen und Lehrer mehr, das bedeutet:

- ▶ **4,6 Prozent** mehr Lehrkräfte bei nur 2,3 Prozent mehr SchülerInnen
- ▶ Bessere Bedingungen für **Inklusion**
- ▶ Bessere Bedingungen für **langes gemeinsames Lernen**
- ▶ **Bessere Betreuung** von ReferendarInnen in der Ausbildung
- ▶ **Mehr Lehrkräfte** für außerschulische Lernorte
- ▶ Bessere **Integration** von Flüchtlingskindern in den Schulalltag

15 Mio. Euro mehr für Schulen in freier Trägerschaft



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Konfliktmineralien: Wir haben uns geeinigt

Heute können von Gewalt bedrohte Menschen in den Konfliktregionen der Erde aufhören: Der Trilog von Europäischem Parlament, EU-Rat und Kommission zur Gesetzgebung über Konfliktmineralien ist erfolgreich beendet worden. In der Europäischen Union wird es ein Gesetz geben, das Unternehmen dazu verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass durch ihre Importgeschäfte keine Waffen in Konfliktgebieten finanziert werden. Ursprünglich hatten Kommission und Rat auf eine freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen gesetzt. Gemeinsam mit großen Anstrengungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es nun in einem fraktionsübergreifenden, über zwei Jahre

dauernden Verhandlungsprozess des Europäischen Parlaments mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission gelungen, eine Verpflichtung in der Verordnung gesetzlich zu verankern. "Ich bin mir bewusst, dass wir Kompromisse eingehen mussten," kommentiert Helmut Scholz, Mitglied der Verhandlungsdelegation des Parlaments, das Ergebnis. "Der Rat hat Grenzwerte für Importmengen zur Bindung gemacht, unter denen keine Berichtspflicht besteht. Für Gold liegt der Grenzwert bei 100 kg im Jahr. Aber wir konnten - auch auf meine Initiative hin - eine verbindliche Erklärung der Kommission erwirken, dass sie drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung

überprüfen wird, ob für eine bessere Wirksamkeit der Verordnung eine Revision der Werte nötig ist." Die Mitgliedstaaten der EU haben nun noch einige Hausaufgaben vor sich. Es sind Strukturen und Mechanismen einzurichten, die das neue Berichtswesen leisten und überprüfen werden. Dafür haben sie sich bis zum 1. Januar 2021 Zeit ausbedungen. Ich bedaure das sehr, denn für die Opfer der Gewalt und andauernden Konflikte sowie gerade für die 40.000 Kinder, die für Warlords in den Minen in Kongo schuften müssen, sollte das Leiden nicht wegen einer langsamen Verwaltung in Europa verlängert werden. Wir konnten uns auf eine gemein-

Fortsetzung Seite 5

same politische Erklärung einigen, in der wir alle Unternehmen auffordern, sich klar zu machen, dass das Gesetz beschlossen und am besten sofort mit der Umsetzung ihrer Sorgfaltspflicht hinsichtlich ihrer Bezugsquellen zu beginnen ist", erläutert Scholz. "Nach vielen Jahren parlamentarischer und

außerparlamentarischer Arbeit haben wir endlich eine Sorgfaltspflicht für Lieferwege Gesetz werden lassen. Bislang allerdings nur für die dringlichsten Konfliktrohstoffe Gold, Wolfram, Coltan und Zinn. In den nächsten Jahren werde ich mit meiner Fraktion dafür arbeiten, diesen Ansatz auf weitere Roh-

stoffe und Produktionsketten auszuweiten. Es ist ein gutes Beispiel, dass kluge Regeln Handel fairer gestalten können. Das ist unsere Alternative zum Einreißen von schützenden Regeln durch Abkommen wie TTIP."

Helmut Scholz

Gregor Gysi Vorsitzender der Europäischen Linken

Der Fünfte Kongress der Partei der Europäischen Linken hat Gregor Gysi am 17.12.2016 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der neue Parteivorsitzende und seine vier Stellvertreter Maite Mola (Partido Comunista de España), Paolo Ferrero (Rifondazione Comunista, Italien), Margarita Mileva (Bulgarische Linke) und Pierre Laurent (Parti Communiste Français, PCF) die



im Block gewählt wurden, erhielten 68 Prozent der Stimmen. Gregor Gysi tritt die Nachfolge von Pierre Laurent an, der nach sechs Jahren im Amt nicht wieder als Vorsitzender kandidierte. Unmittelbar vor der Wahl des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter hatten die Delegierten mit großer Mehrheit das Politische Dokument des Kongresses, die politischen Leitlinien für die nächsten Jahre, beschlossen.

Stoppt den Militäraufmarsch der US-Armee und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr!

Derzeit landen in Bremerhaven Schiffe mit Kriegsgerät der US-Armee, anschließend soll dieses mit Hilfe der Bundeswehr über Straße und Schiene nach Osteuropa gebracht werden. Dazu erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

DIE LINKE lehnt die US-Aufmarschmanöver und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr ab. DIE LINKE beteiligt sich an Aktionen der Friedensbewegung gegen diese Aufrüstung und das "Säbelrasseln" der NATO-Truppen. Es geht um 2.500 Ladungstücke, darunter Gefechtsfahrzeuge und Panzer für insgesamt 4.000 US-Soldaten, die vom 6. bis 8. Januar in Bremerhaven entladen werden. Ungefähr bis zum 20. Januar soll das US-Kriegsgerät und die dazugehörigen Soldaten ihre Ziele in Osteuropa, vor allem Polen, erreichen. Die Route führt durch eine Reihe von Bundesländern: Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpom-

mern und Brandenburg, möglicherweise sogar durch Hamburg und Berlin. Die Bundeswehr übernimmt die gesamte



Logistik dieser Militäroperation. Die Logistikschule der Bundeswehr in Garlstedt bei Bremen ist zentraler Anlaufpunkt des Großmanövers. DIE LINKE sieht in diesem Militäraufmarsch, der wohl einer der größten seit dem zweiten Weltkrieg ist, eindeutig eine Eskalation gegenüber Russland. Dies führt nur zu einer weiteren Aufrüstungsspirale zwischen der NATO und

Russland. Diese muss von beiden Seiten gestoppt werden. Die Bundesrepublik darf sich nicht an diesem Aufrüstungskurs beteiligen. Der Begriff "Säbelrasseln" trifft die Situation richtig. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Übernahme der Logistik durch die Bundeswehr für diesen Aufmarsch sofort zu stoppen und den Transport durch Deutschland zu untersagen.

Christian Görke, Vorsitzender DIE LINKE Brandenburg, erklärt dazu:

"Wir sind historisch dafür in der Verantwortung für Frieden und Abrüstung zu sorgen. Panzer schaffen keinen Frieden - nirgends! Im Gegenteil, eine Truppenverlagerung in einem solchen Ausmaß ist Teil immer weiterer Aufrüstung und Provokationen. DIE LINKE wird sich in Brandenburg mit friedlichen Protesten gegen diese Truppenbewegungen wenden."

Termine

Stadtvorstand 26.01.2017
 Kreisvorstand 01.02.2017 Schwedt
 Stadtvorstand 09.02. 2017

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

25.01.17 Walter Neteck zum 88. Geburtstag
 09.02.17 Leonore Armbruster zum 78. Geburtstag
 16.02.17 Elfie Lutz zum 64. Geburtstag

Offene Veranstaltung mit Kathrin Dannenberg zur Bildungspolitik.

Am 15.02.2017 um 17.00 Uhr in der Aula der Gesamtschule.

Offene Veranstaltung zum Thema „Grenzkriminalität –Wahrheit und Mythos“

Am 22.Februar.

Zu beiden Veranstaltungen erfolgen schriftliche Einladungen



Rainer Sturm/ pixelio.de

Zum guten Schluss...

... ist es nicht nur bei uns kalt. In der Region Ain Sefra in Afrika fiel zum ersten Mal seit 37 Jahren Schnee. Die Bewohner der algerischen Städte rings um die Ain Sefra Region staunten nicht schlecht. In der sehr heißen, und staubtrockenen Wüstenregion fiel schon seit Jahren kein Schnee mehr. An das letzte Mal werden sich kaum die meisten erinnern, denn die letzte weiße Weihnacht ist schon 37 Jahre her...



KoppHoch erscheint monatlich. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt.

Redaktionsschluss der Ausgabe 02/2017: 10.02.17, Abholtermin: 20.02.17

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

Sylvia Anklam

Redaktion:

M.Gohl, S.Anklam, D.Meyner

Gestaltung:

A. Grote

Druck:

Druckerei Wippold

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
 Mo-Do 10-12 Uhr

Leiter der Geschäftsstelle

Di, 10-12 Uhr

Finanzen

Mo, 30.01.17 10-12 Uhr

Mo, 06.02.17, 10-12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Stadtverband Schwedt/Oder

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail: schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel./Fax: (03332) 31928

Webseite: <http://www.dielinke-uckermark.de>

DIE LINKE Schwedt/Oder

Fraktion SSV

Tel. 839334

Auguststraße 2, 16303 Schwedt

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!